

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(16. - öffentliche - Sitzung am 6. September 2023)

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2022/2023 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2023)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 19/2069

Der - mitberatende - Ausschuss votiert gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

b) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum dritten Nachtragshaushalt 2023 -**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 19/2070

Der - mitberatende - Ausschuss votiert gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Verkündung von Gesetzen und Verordnungen in Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/2168

Ein Vertreter der Staatskanzlei bringt den Gesetzentwurf ein.

Der - federführende - Ausschuss beginnt mit der Gesetzesberatung. Er kommt überein, die kommunalen Spitzenverbände sowie den Niedersächsischen Anwalt- und Notarverband als Dachverband der örtlichen Notarvereine mit einer Frist von vier Wochen schriftlich anzuhören.

3. a) **Wassermanagement in Zeiten des Klimawandels: Wasser sparen, Infrastrukturen anpassen, Hochwasserschutz verbessern, Wissenslücken schließen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/805

- b) **Wasser in Zeiten des Klimawandels - ein nachhaltiges und integriertes Wassermanagement für Niedersachsen weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/1602

Der Ausschuss, der vom - federführenden - Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz um Stellungnahme zu dem Antrag gebeten wurde, bittet den federführenden Ausschuss um Mitteilung, zu welchen konkreten rechtspolitischen Fragen die Stellungnahme des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen erbeten wird.

4. **Rassismus entschieden entgegenzutreten - Landesaktionsplan gegen Rassismus erstellen**

Antrag der SPD/Grünen - Drs. 19/1601

Eine Vertreterin des Justizministeriums unterrichtet den Ausschuss. Der Ausschuss setzt die Antragsberatung fort.